

Drei rechtsextreme Vereine verboten

Düsseldorf/Berlin - Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat am Mittwoch drei rechtsextremistische Vereine verboten: das „Collegium Humanum“ aus dem ostwestfälischen Vlotho sowie deren Teilorganisation „Bauernhilfe“ und den damit verwobenen „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“. Zugleich wurden bei einer Razzia bundesweit knapp 30 Objekte vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen durchsucht. Laut Bundesinnenministerium handelt es sich bei den Vereinen um ein „Sammelbecken organisierter Holocaustleugner“, deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik richte. Nach Auskunft des Innenministeriums ist es das erste Vereinsverbot des Bundes im Bereich des Rechtsextremismus seit September 2000. Damals war das Netzwerk *Blood and Honour* verboten worden.

Ausgelöst wurde das aktuelle Verbotungsverfahren durch einen Vorstoß der Grünen, die im Februar einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht hatten. „Wir sind erleichtert und hoffen, dass die Bundesregierung zukünftig von sich aus den braunen Sumpf durchforstet“, sagte die Grünen-Abgeordnete Ute Koczy, die den dortigen Wahlkreis vertritt. Für den Vorsitzenden des Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), soll das Verbot „nur ein Anfang“ sein. Es gebe zahlreiche weitere Vereine, „auf die man einen Blick werfen muss“.

Das Collegium Humanum, 1963 vom früheren NS-Funktionär Werner Georg Haverbeck gegründet und zuletzt von dessen Witwe Ursula Haverbeck geleitet, ist bereits seit mehreren Jahrzehnten als rechtsextremes Zentrum bekannt. In den Räumen des Collegium Humanum waren immer wieder Seminare abgehalten worden, in denen bekannte Holocaustleugner wie etwa Horst Mahler als Redner auftraten. Die 80-jährige Haverbeck wurde bereits mehrfach (erstmalig 2004) wegen Volksverhetzung verurteilt. Ein Vereinsverbot aber folgte daraus nie.

Besonders brisant: Das Collegium Humanum war offenbar bis vor kurzem als gemeinnützig anerkannt. Demnach hätten Spenden an die Organisation steuerlich geltend gemacht werden können. Das legt ein Brief Haverbecks vom 14. März 2008 nahe, in dem sie berichtet, dass „uns der Geldhahn abgedreht worden ist, indem uns die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde“. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen (CDU) hatte zuletzt mit Verweis auf das Steuergeheimnis die Auskunft über den Status der Gemeinnützigkeit verweigert. *Dirk Graalmann*